

NEGZ Tagung bringt Ideen für die weitere Arbeit

[10.11.2014] Im Rahmen seiner ersten Herbsttagung hat das Nationale E-Government Kompetenzzentrum (NEGZ) über aktuelle Herausforderungen beim E-Government diskutiert und seine Handlungsschwerpunkte für die kommenden Jahre vorgestellt.

Das Nationale E-Government Kompetenzzentrum (NEGZ) hat in der vergangenen Woche (5. November 2014) seine erste Herbsttagung veranstaltet. Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten in der Bayerischen Vertretung in Berlin über aktuelle Handlungsschwerpunkte, Potenziale sowie Herausforderungen des E-Governments. Ein Schwerpunkt der Diskussionen war laut NEGZ die Frage, welchen Beitrag Wirtschaft und Wissenschaft für die Konkretisierung und Umsetzung der Digitalen Agenda der Bundesregierung leisten können. BITKOM-Präsident Professor Dieter Kempf lobte in seiner Keynote zwar die Digitale Agenda, mahnte jedoch an, zentrale Handlungsschwerpunkte wie die Einführung der elektronischen Akte auch mit den dafür notwendigen Investitionen zu hinterlegen. Zudem gelte es, die vielfältigen – auch leidvollen – Erfahrungen aus Projekten wie ELENA oder der Einführung des neuen Personalausweises im Rahmen der Umsetzung der Digitalen Agenda unbedingt zu berücksichtigen.

Michael Räckers, Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, präsentierte die Ergebnisse der im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellten NEGZ-Studie "Potenzialanalyse des E-Government-Gesetzes". Diese liefere zahlreiche Argumente für eine strategische und operative Stärkung des IT-Planungsrats als Voraussetzung für die Erschließung der vielfältigen Effizienz- und Gestaltungspotenziale im Bereich der öffentlichen Verwaltung auf Grundlage einer umfassenden informationstechnischen Vernetzung, so Räckers. Johann Hahlen, E-Government-Beauftragter des Normenkontrollrats (NKR), erklärte: "E-Government trägt entscheidend zum Abbau von bürokratischen Aufwänden bei. Die Voraussetzung sind nutzerfreundliche und alltagstaugliche E-Government-Angebote. Dies erfordert eine stärkere organisatorische, technische und finanzielle Kooperation zwischen den Fachbereichen und Verwaltungsebenen." Er verwies zudem auf die messbaren Ergebnisse solcher Maßnahmen. So seien von den zwischen 2006 und 2013 realisierten Entlastungen in Höhe von insgesamt zwölf

Milliarden Euro rund sechs Milliarden Euro maßgeblich durch E-Government entstanden.

Drei Handlungsschwerpunkte

Zur Verbesserung der Angebote für die Bürger müssen in Zukunft noch größere Anstrengungen unternommen werden, um die Potenziale der neuen digitalen Technologien nachhaltig zu nutzen – das war die zentrale Botschaft in einem der drei Fachforen der Herbsttagung. Das von den Teilnehmern diskutierte Spektrum reichte dabei von der verwaltungsübergreifenden Zusammenführung und zeitgemäßen Bereitstellung von Leistungsangeboten auf Basis mobil nutzbarer und personalisierbarer Online-Angebote und Apps über die Entwicklung und Verbesserung von Mechanismen zur schnelleren Verbreitung bereits bewährter innovativer Lösungen bis hin zur verwaltungs- und ressortübergreifenden Bündelung von Beteiligungsangeboten mittels innovativer Plattformtechnologien. "Es ist entscheidend, dass wir passgenauere und attraktivere Angebote schaffen, welche die Menschen auch erreichen", forderte Professor Helmut Krömer, Vorstandsvorsitzender des NEGZ.

"2020 wird die öffentliche Verwaltung von Unternehmen als Enabler und hochfunktionales Betriebssystem wahrgenommen. Berichts- und Meldepflichten erfolgen automatisiert, transparent und hochsicher. In Prozessketten von Wirtschaft und Industrie sind Verwaltungsschnittstellen vollständig integriert. Im Jahr 2020 besitzt ‚E-Government made in Germany‘ dieselbe internationale Reputation und weltweite Verbreitung wie deutsche Automarken und Ingenieursleistungen heute" – so lautete eine vom NEGZ formulierte Vision, welche den Auftakt für ein Fachforum zum Thema Wirtschaft bildete. Aufbauend auf den bisherigen Erfolgen, aber auch angesichts der noch sehr großen Potenziale für den Bürokratieabbau, wird sich das NEGZ nach eigenen Angaben in den kommenden Jahren verstärkt um das Thema Standardisierung elektronischer Berichtspflichten kümmern. Von den Teilnehmern des Forums kamen konkrete Vorschläge zu möglichen fachlichen Handlungsschwerpunkten, mit denen sich das NEGZ beschäftigen sollte. Genannt wurden dabei unter anderem die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung, Genehmigungsprozesse in den Bereichen Hoch- und Tiefbau sowie die Optimierung von Großraum- und Schwerlasttransporten.

In einem dritten Fachforum wurde über den Stand und die Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Aus- und Weiterbildung in der öffentlichen Verwaltung diskutiert. Hier hat sich das NEGZ vorgenommen, in den nächsten Jahren einen

konkreten eigenen Beitrag zu leisten. Hinsichtlich Kompetenzentwicklung, Aus- und Weiterbildung sowie beim Wissenstransfer müssten bestehende Lücken geschlossen werden, damit Deutschlands Verwaltung effizienter, effektiver und im Endeffekt auch als Arbeitgeber attraktiver werden kann.

Innovativ und konstruktiv

Die Vorsitzenden des NEGZ zogen eine positive Bilanz ihrer ersten Herbsttagung. "Das war eine sehr gelungene Veranstaltung für unser Kompetenzzentrum", sagte Wilfried Bernhardt, CIO von Sachsen und stellvertretender Vorstandsvorsitzender des NEGZ. "Ich wünsche mir sehr, dass der innovative Spirit und die konstruktiven Gedanken dieses Tages in die weitere Arbeit zur Modernisierung von Staat und Verwaltung überführt werden." Alle Erkenntnisse und Anregungen der Veranstaltung sollen in die weitere Arbeit der Arbeitsgruppen des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums einfließen.

(bs)

<http://www.negz.org>

Stichwörter: Panorama, Nationales E-Government Kompetenzzentrum (NEGZ), Bürokratieabbau, Standardisierung, Helmut Krcmar, Wilfried Bernhardt, Dieter Kempf, Johann Hahlen

Quelle: www.kommune21.de